

Wahlprüfsteine – Antworten der SPD Landtagsfraktion BW

Struktursicherung

1. Wie sollen in Zukunft die landesweiten Strukturen der kulturellen Bildung entwickelt und gesichert werden?

Aus Sicht der SPD steht die Kulturlandschaft in Baden-Württemberg unter enormem Finanzdruck. Auch wenn die Landesregierung Erhöhungen im Kulturetat verkündet, reichen diese nicht aus, um Tarifsteigerungen und gestiegene Betriebskosten zu kompensieren. Der finanzielle Druck, der aktuell auf den Kommunen lastet, tut sein Übriges. Gestrichene Fördermittel lassen künstlerische Vielfalt versiegen und kulturelle Bildung und Teilhabe werden wieder zum Privileg. Aus unserer Sicht hat die grün-schwarze Landesregierung es versäumt, die Kulturfinanzierung zukunftssicher zu gestalten, und gefährdet so auch die kulturelle Bildung in Baden-Württemberg. Für die SPD steht fest, dass Kultur und kulturelle Bildung zentrale Bestandteile unserer Gesellschaft sind und dass sie zum Zusammenhalt und zur Demokratieförderung beitragen. Die SPD wird Kultur und kultureller Bildung den Raum geben, den sie verdienen. Eine verlässliche Finanzierung und transparente Förderung bilden die Grundlage der SPD-Kulturpolitik.

Deshalb wird sich die SPD u.a. für klare Kriterien bei der Vergabe von Fördermitteln einsetzen. Dafür ist auch eine ressortübergreifende Überprüfung der bisherigen Fördertöpfe und -kriterien notwendig. Um die Förderinstrumente zu vereinfachen, ist auch eine Zusammenführung von Fördertöpfen denkbar. Eine auskömmliche und gesicherte finanzielle Förderung darf nicht an Ressortgrenzen scheitern.

2. Was planen Sie, um den finanziellen Mehrbedarfen (durch Preissteigerungen der letzten Jahre) bei den landesweiten Strukturen zu begegnen?

Musikschulen, Kunstschen und vergleichbare Institutionen sind tragende Säulen der kulturellen Bildung in Baden-Württemberg. Deshalb wird die SPD die Landesförderung der Musikschulen auf 15 Prozent der anerkannten Kosten für das pädagogische Personal erhöhen. Damit schaffen wir Planungssicherheit und sichern den Zugang zu kultureller Bildung im ganzen Land. Für Jugend- und Privattheater wird die SPD mehr Mittel zur Verfügung stellen.

Aus Sicht der SPD ist die Amateurmusik ein unverzichtbarer Bestandteil der kulturellen Bildung. Sie stärkt die musikalische Bildung von Kindern und Jugendlichen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den ländlichen Raum. Aus diesem Grund hat die SPD im Landtag in der letzten Haushaltsdebatte den Antrag gestellt, die Kürzung der Mittel für die Amateurmusik zurückzunehmen. Darüber hinaus haben wir den Vorschlag gemacht, eine Rahmenvereinbarung aufzusetzen, um Vereine der Breitenkultur bei den Kosten für GEMA-Gebühren finanziell zu unterstützen. Grüne und CDU haben diese Anträge abgelehnt.

3. Wie wird in ihren Überlegungen die Förderung kleinerer Verbandsstrukturen, die nicht über viele Mitglieder finanziert werden können (z.B. Bödeckerkreis, Jugendzirkusse, Jugendpresse, etc.) mitgedacht?

Wir fördern selbstverständlich auch die Arbeit in kleinen Verbandsstrukturen, soweit sie in die Fördersystematik, der im Landshaushalt bzw. der in den kommunalen Haushalten freigegebenen Mittel passt. Diese ist in der Regel viel offener, als es für möglich gehalten wird. Es ist bei der Priorisierung der Mittel auch angemessen, dass für alle dieselben Spielregeln gelten.

4. Neben der Institutionellen Förderung werden einige Träger auch mit Festbetragszuschüssen zu Bildungsreferent*innen-Stellen gefördert: Wie stellen Sie sicher, dass der Festbetragszuschuss sich an den tatsächlichen Personalkosten orientiert? Wie stellen Sie sicher, dass alle Träger, die ein Bildungsreferent*innen-Stelle benötigen, auch eine Stelle gefördert bekommen?

Wir von der SPD werden die Förderung der Jugendarbeit weiter vorantreiben und stärken. Das Budget für die Bildungsreferent:innen im Landshaushalt ist – wie jede andere Landesförderung – in der Höhe begrenzt. Bisher wird die Förderung im Wege der Festbetragszufinanzierung gewährt. Höchstens werden jedoch 90 Prozent der anerkannten Personalkosten gezahlt. So werden mehr Stellen finanziert, als wenn die tatsächlichen Personalkosten anerkannt würden. Der Festbetrag erhöht sich jährlich um 2,5 Prozent.

Bei der Aufteilung der Förderung auf die Antragsteller spielen insbesondere der Landesjugendring und die LAG-Jugendsozialarbeit eine große Rolle. Innerhalb der kommenden Haushaltsberatungen wird sich die SPD für eine Weiterentwicklung der Haushaltssätze einsetzen und auch gern mit den Verbänden darüber sprechen, wie das Budget zukünftig aufgeteilt werden soll.

5. Welche Ausbaubedarfe sehen Sie bei den außerschulischen Akteur*innen der kulturellen Bildung auf Landesebene?

Musikschulen, Kunstschulen und vergleichbare Institutionen sind tragende Säulen der au- ßerschulischen kulturellen Bildung in Baden-Württemberg. Deshalb wird die SPD die Landeförderung der Musikschulen auf 15 Prozent der anerkannten Kosten für das pädagogische Personal erhöhen. Damit schaffen wir Planungssicherheit und sichern den Zugang zu kultureller Bildung im ganzen Land.

6. Wie gehen Sie als Landesregierung damit um, dass in Kommunen die Angebote der kulturellen Bildung den Sparmaßnahmen wegen sinkender kommunaler Einnahmen zum Opfer fallen?

Für die SPD gilt grundsätzlich: Wer auf Landesebene neue Pflichten erlässt, finanziert sie künftig vollständig und dynamisch. Damit beenden wir den jahrelangen Kostendurchmarsch von oben nach unten, der die Kassen der Kommunen leerlegt und auch die kulturelle Bildung in den Kommunen bedroht. Zudem wird die SPD jährlich rund 300 Millionen Euro zusätzlich an Städte und Gemeinden weiterleiten. Das Geld stammt aus den

Überschüssen des Landes und wandert direkt in örtliche Projekte, beispielsweise der kulturellen Bildung, statt in Landesrücklagen zu versickern.

Die Kommunen haben vielfältige Aufgaben zu bewältigen, doch oft fehlen dafür die Mittel. Die SPD wird die Kommunen deshalb an vielen Stellen und bei vielen Aufgaben unterstützen.

Fachliche Weiterentwicklung

7. Wie wollen Sie von Landeseite die fachliche Weiterentwicklung in der außerschulischen kulturellen Bildung unterstützen?

Die SPD wird die Arbeit von Soloselbstständigen Künstler:innen und von Fachkräften in der kulturellen Bildung stärker unterstützen, etwa durch die Ausweitung von Honoraren für freischaffende Kreative, die mit Landesmuseen oder anderen geförderten Kultur-(bildungs-)orten zusammenarbeiten. Die SPD strebt an, angemessene Honorare bei Projekten mit Landesförderung als Voraussetzung zu etablieren. Darüber hinaus wird die SPD die Digitalisierung der Arbeit von Soloselbstständigen Künstler:innen, die sich oft auch in der kulturellen Bildung engagieren, fördern, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Die SPD wird sich zudem für eine Aufstockung der Landesmittel einsetzen, um die Qualifizierung im Bereich der kulturellen Bildung voranzutreiben.

8. Welche Impulse und Unterstützung erhalten landesweite Strukturen der kulturellen Bildung hinsichtlich Themen wie Inklusion von jungen Menschen mit Behinderungen von Ihnen? (Umsetzung des neuen SBG VIII// SGB IX)

Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe. Aus Sicht der SPD ist sie allerdings in der Bildung besonders wichtig. Inklusive Pädagogik muss verbindlicher Bestandteil in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften sein. Im Bund wollen wir einen neuen Anlauf für das Kinder- und Jugendhilfeinklusionsgesetz einleiten, auch damit klar ist, dass im Leistungsrecht vorrangig das SGB VIII und nicht das SGB IX für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen anzuwenden ist. Dies wird auch Folgen für die Jugendhilfe und die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg haben.

Sie wird „inklusiver“ und das muss auch in der Praxis umgesetzt werden. Die Träger der Kinder- und Jugendarbeit wollen wir bei der Umsetzung und bei der Anpassung der Angebote unterstützen und fördern.

9. Welche Maßnahmen planen Sie konkret, um Einrichtungen, Träger und Initiativen der kulturellen Bildung bei Themen wie Digitalität oder KI zu unterstützen? Planen Sie das Projektbüro "jugend@bw" mit seinen Angeboten im Bereich Fortbildungen, Beratungen und Fachaustausch zur digitalen Arbeit fortzusetzen?

Das Land Baden-Württemberg braucht eine umfassende KI-Strategie, die wichtige gesellschaftlichen Bereiche einbezieht, insbesondere auch den Bereich der Bildung. KI darf kein rechtsfreier Raum sein. Ihr Einsatz muss sich an demokratischen Grundwerten, an Grundrechten und am Prinzip der Transparenz orientieren. Die SPD wird sich für klare Regeln einsetzen, unter anderem im Bereich der Bildung. In der Corona-Krise hat sich wie auch in anderen Gebieten verdeutlicht, dass die meisten Verbände und Organisationen, die in der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind, noch enormes Verbesserungspotential in der Digitalisierung haben. Es war deshalb richtig, das Projektbüro "jugend@bw" aufzubauen. Die Unterstützung aller in der Kinder- und Jugendarbeit Engagierten ist aber auch nach der Corona-Krise wichtig und erforderlich. Natürlich wollen wir von der SPD diese Hilfen fortsetzen.

10. Wie wollen Sie dem Fachkräftemangel in der kulturellen Bildung begegnen?

Seit 2014 gibt es bereits das Schülermentor:innen-Programm für kulturelle Bildung. Im Rahmen einer Qualifizierung erwerben die Schüler:innen grundlegende Kenntnisse über Kunst und Kultur. Die SPD wird prüfen, inwieweit der Bedarf und die Nachfrage besteht, um dieses Projekt auszuweiten.

Außerdem wird die SPD sich für eine Aufstockung von Landesmitteln einsetzen, um die Weiterqualifizierung im Bereich der kulturellen Bildung voranzutreiben.

Die SPD wird die Arbeit von Soloselbstständigen Künstler:innen und von Fachkräften in der kulturellen Bildung stärker unterstützen, etwa durch die Ausweitung von Honoraren für freischaffende Kreative, die mit Landesmuseen oder anderen geförderten Kultur-(bildungs-)orten zusammenarbeiten. Die SPD strebt an, angemessene Honorare bei Projekten der Kultur und der kulturellen Bildung mit Landesförderung als Voraussetzung zu etablieren.

11. Auch in der kulturellen Bildung ist es wichtig, dass die Mitarbeitenden zu rechtlichen und administrativen Abläufen informiert sind. Wie unterstützen Sie die Strukturen in den kommenden Jahren bei Themen wie: digitale Rechnungen/ elektronische Akten; Jugendschutz; Datenschutz? Wie unterstützen Sie landesweite Dach- und Fachverbände dabei ihre Mitgliedsstrukturen fortzubilden?

Fortbildungsmaßnahmen waren schon immer in der Fördersystematik für die Kinder- und Jugendarbeit abgebildet. Sie wurden auch von den Verbänden umgesetzt. Besondere Herausforderungen bedürfen besonderer Unterstützung. Dafür setzt sich die SPD gerne ein.

Kooperation mit Schulen

12. Welche konkreten Schritte unternehmen Sie, um die Kooperationen zwischen außerschulischen Partner*innen und Schulen langfristig aufzustellen, im Rahmen des GaFöG, dem Ganztag insgesamt und unabhängig davon?

Kulturelle Bildung kann einen wichtigen Beitrag zur Partizipation, Inklusion und Integration leisten. Sie kann die Persönlichkeit stärken und dabei helfen, an Schwächen zu arbeiten und Stärken auszubauen – und sie ist wesentlicher Teil von Bildung und muss einen festen Platz an unseren Schulen haben.

Es ist uns deshalb auch in Zukunft ein wichtiges Anliegen, Angebote der kulturellen Bildung im schulischen Rahmen zu fördern und für alle zugänglich zu machen. Denn jedes Kind und jede/r Jugendliche haben ein Recht auf kulturelle Bildung.

Dabei sind außerschulische Akteur:innen der kulturellen Bildung wichtige Partner. Besonders im Rahmen des Ganztags sehen wir weiteres Potenzial, um diese Zusammenarbeit zu erweitern. Wir möchten insbesondere rhythmisierte Ganztagschulen ausbauen und so die Bildungsgerechtigkeit in Baden-Württemberg stärken. In der Rhythmisierung des schulischen Tagesablaufes sehen wir besonderes Potenzial für den Zugewinn an Unterrichtsqualität, da dort sinnvoll zwischen Konzentrations- und Entspannungsphasen abgewechselt werden – so schafft dieses Modell ideale Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern sowohl am Vormittag als auch am Nachmittag.

Mit einem Fonds in Höhe von 20 Mio. Euro möchten wir von der SPD die Zusammenarbeit von Schulen und außerschulischen Akteuren stärken. Diesen hat die SPD-Landtagsfraktion bereits mehrfach in den Haushaltsberatungen im Landtag gefordert – dies wurde leider immer wieder abgelehnt von der grün-schwarzen Landesregierung. Der Fonds bietet Schulleitungen ein flexibel einsetzbares Budget, um unter anderem die Zusammenarbeit mit Musikvereinen zu finanzieren. Zur Entlastung der Schulleitungen und Professionalisierung der Ganztagskoordination werden wir zudem eine deutliche Erhöhung der Entlastungsstunden für Schulleitungen einführen.

Weiter werden wir Kulturbotschafter:innen in Schulen einsetzen, um Kooperationen zwischen Ganztagschulen und Musikschulen sowie Musikvereinen zu ermöglichen. Insbesondere für armutsbetroffene Kinder und Jugendliche werden wir den Zugang zu Musik- und Kulturangeboten sicherstellen – denn Musik muss allen offen stehen.

Die SPD wird unter anderem mit diesen Maßnahmen sowie zusätzlichen finanziellen Mitteln die Kooperation zwischen Schulen und außerschulischen Partnern flächendeckend ausbauen und vereinfachen – und so die Kooperationsstrukturen weiter stärken. Insbesondere im ländlichen Raum sehen wir hier erheblichen Nachholbedarf.

13. Wie stellen Sie sicher, dass die außerschulischen Angebote in der Medienpädagogik in den Schulen genutzt werden? – Wie wird die steigende Nachfrage in diesem Bereich finanziert?

Indem wir die Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Partnern weiter fördern, Austauschformate schaffen und notwendige finanzielle Mittel bereitstellen.

Außerdem werden wir Schulen noch besser über bestehende Angebote informieren und die Ausbildung von Schülermentor:innen stärken. Medienpädagogik ist essenziell und die Einbindung außerschulischer Partner kann einen wertvollen Mehrwert für Schulen bieten, insbesondere, da

Angebote außerschulischer Partner den Schülerinnen und Schülern beste Möglichkeiten bieten, sich auszuprobieren und in vielfältigen Projekten aktiv zu werden. Besonders mit Blick auf die Themen Fake-News, KI oder Mobbing über Social Media können außerschulische Angebote der Medienpädagogik wichtige Aufklärung und Weiterbildung für Kinder und Jugendliche leisten.

14. Orte der kulturellen Bildung sind außerschulische Bildungsorte: Wie stellen Sie sicher, dass diese Bildungsorte von Schulen kontinuierlich genutzt werden?

Kooperationen zwischen Ganztagschulen und Kulturinstitutionen sollen Kunst und Kultur fest in der Bildung verankern. Wir von der SPD werden sicherstellen, dass die Schulen über die vorhandenen Angebote umfänglich informiert werden. Die Einbindung und Auswahl der Angebote in den Schulalltag liegt allerdings primär in der Verantwortung der Schulleitung, welche die pädagogischen Entscheidungen trifft. Ausdrücklich im Rahmen des Ganztags möchten wir aber mehr Möglichkeiten für Zusammenarbeit schaffen – und die notwendigen finanziellen Mittel für solche Kooperationen bereitstellen.

Wir werden zudem prüfen, welche rechtlichen Regelungen angepasst werden müssen, um die Nutzung außerschulischer Bildungsorte besser in den Schulalltag zu integrieren, um eine bessere Rechtsicherheit für alle Beteiligten zu schaffen.

Kooperation mit Schulen

15. Wie können Fachkräfte der kulturellen Bildung zukünftig im Ganztag eingebunden sein? Welche Weichen stellen Sie auf Landesebene, um entsprechende berufliche Erfahrungen angemessen zu berücksichtigen?

Außerschulische Partner sind ein wichtiger Bestandteil des Ganztagsbetriebs – und Ganztag soll Kindern und Jugendlichen ermöglichen, ihre individuellen Talente zu fördern und Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen. Wir werden Schulen und deren Schulleitungen die Möglichkeit geben, außerschulische Akteure – insbesondere im Rahmen des Ganztags – im Rahmen der Monetarisierung von Lehrkräftestellen auch in Zukunft in den Schulalltag einzubeziehen. Die Ausgestaltung liegt dabei primär bei der Schulleitung.

Im Rahmen der Ganztagsbetreuung können außerschulische Akteure ebenfalls wichtige Partner sein – dabei legen wir großen Wert auf Qualität. Berufliche Erfahrung muss dabei im Besonderen auch mit Blick auf pädagogische Qualifikationen bewertet werden. Es ist daher notwendig, ausreichend Weiterqualifizierungsmöglichkeiten anzubieten. Kooperationsstrukturen zwischen den außerschulischen Partnern sowie zwischen ihnen und den Schulen werden wir ausbauen und gemeinsam mit allen Beteiligten stärken.

16. Welche Weichen stellen Sie auf Landesebene, um angemessene Bezahlung, zu ermöglichen?

Die Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende und Fachkräfte der kulturellen Bildung müssen dringend verbessert werden. Die SPD steht für eine faire Bezahlung auf Basis tariflicher Regelungen ein – auch in Kunst, Kultur und kultureller Bildung.

Die SPD wird die Arbeit von Soloselbstständige Künstler:innen und von Fachkräften in der kulturellen Bildung stärker unterstützen, etwa durch die Ausweitung von Honoraren für freischaffende Kreative, die mit Landesmuseen oder anderen geförderten Kultur-(bildungs)-orten zusammenarbeiten. Die SPD strebt an, angemessene Honorare bei Projekten der Kultur und der kulturellen Bildung mit Landesförderung als Voraussetzung zu etablieren.

17. Welche Rolle sollen außerschulische Akteur*innen der kulturellen Bildung bei der Entwicklung von Ganztagschulen spielen? Wie sollen sie bei der Entwicklung von Konzepten inhaltlich eingebunden werden? Wie sollen sie für ihre (konzeptionelle) Mitwirkung vergütet werden?

Die Schulleitungen tragen die Verantwortung für das gesamtpädagogische Konzept und dessen konkreter Ausgestaltung an den Schulen. Sie entscheiden in erster Linie über die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern. Die SPD wird sich dafür einsetzen, die Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Partner weiter zu fördern und zu ermöglichen sowie Austauschmöglichkeiten auszubauen.

Kulturelle Bildung ist Teil von Bildung und muss deshalb in den Schulalltag integriert werden. Wir befürworten weiterhin eine Vergütung über eine Monetarisierungsmodell, bei dem eine Monetarisierung von Lehrkräftestellen zu mindestens 70 Prozent möglich ist.

Frühe kulturelle Bildung

18. Musisch-ästhetische Bildung wird im neuen Orientierungsplan für Kindertageseinrichtungen des Landes Baden-Württemberg explizit genannt, das begrüßen wir sehr.

Auch wir von der SPD begrüßen die Nennung im neuen Orientierungsplan, da musisch-ästhetische Bildung ein wichtiger Teil der fröhlichen Bildung ist.

19. Wie soll kulturelle Bildung in der frühen Bildung verankert sein? Welche Rolle spielen hier die Träger der kulturellen Bildung wie Musikschulen, Jugendkunstschulen, Jugendzirkusse, Jugendbibliotheken und Vereine?

Die SPD ist der Auffassung, dass kulturelle Bildung einen wichtigen Raum in Kitas einnimmt – dies gilt für alle Bereiche der kulturellen Bildung, die spielerisch in den Kita-Alltag integriert werden. Zum Beispiel leistet das Programm „Singen – Bewegen – Sprechen“ einen bedeutenden Beitrag zur alltagsintegrierten Sprachförderung in Kitas.

Gerade das spielerische Erlernen von Sprachbildern spielt eine große Rolle. Darüber hinaus sind Kooperationen bspw. mit Bibliotheken bereits gelebte Praxis in zahlreichen Kindertageseinrichtungen, die wir beibehalten werden. Die Träger der kulturellen Bildung sind sinnvolle Ergänzungen und Kooperationspartner für den Kita-Alltag.

20. Wie soll sich ästhetische frühe Bildung zukünftig in der Aus- und Fortbildung von KitaPersonal verankert sein?

Ästhetische frühe Bildung soll zukünftig in der Aus- und Fortbildung von pädagogischen Fachkräften als wichtiges Element der Aus- und Fortbildung enthalten bleiben, um Kindern frühzeitig einen möglichst niedrigschwälligen Zugang dazu ermöglichen zu können. In der ästhetischen Bildung geht es darum, Kinder zum Wahrnehmen und Erforschen der Welt anzuregen – mit allen Sinnen. Für Kinder bietet die Kita neben dem Elternhaus einen wichtigen Erfahrungsraum, weshalb gerade die mit allen Sinnen erlebte ästhetische Bildung ein wichtiges Element der pädagogischen Aus- und Weiterbildung darstellt.

Zur Umsetzung in den Kitas gehören selbstverständlich Partnerschaften zwischen Jugendkunstschulen sowie Kitas und Schulen. Es war daher wichtig, dass die Kooperationsgelder mit Kitas und Schulen verstetigt wurden. Den Verwaltungsaufwand solcher Kooperationen möchten wir jedoch weiter reduzieren.

Freiwilliges Engagement in der Kultur

21. Wie wollen Sie das freiwillige Engagement von jungen Menschen in Kunst und Kultur in Baden-Württemberg weiterhin stärken?

Die SPD macht sich dafür stark, dass alle Kinder und Jugendlichen in ganz Baden-Württemberg Zugang zu kultureller Bildung haben. Insbesondere für armutsbetroffene Kinder und Jugendliche werden wir den Zugang zu Kunst- und Kulturangeboten sicherstellen – denn Kunst und Kultur müssen allen offen stehen.

Zudem wird die SPD einen landesweiten Kulturpass einführen, mit dem allen jungen Menschen in Baden-Württemberg einmalig ein Guthaben von 100 Euro für Kulturangebote zur Verfügung steht. Vielfalt und Inklusion sichern wir durch die wichtige Arbeit des Zentrums für kulturelle Teilhabe Baden-Württemberg. Soziokulturelle Zentren spielen als Orte des Ehrenamts und der Nachwuchsförderung eine bedeutende Rolle. Ehrenamtliches Engagement auch in der kulturellen Bildung, wird die SPD weiter fördern.

22. Welche Rolle spielt dabei das FSJ-Kultur für Sie? Wie wollen Sie das FSJ-Kultur in BadenWürttemberg weiterentwickeln?

Wir schaffen neue Anreize für den Freiwilligendienst. Freiwilligendienste wie das FSJ sind ein wichtiger Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir bekennen uns zu einem Recht auf Freiwilligendienst für junge Menschen. Wir erhöhen die Landesförderung mit dem Ziel, Freiwilligendienste attraktiver zu gestalten. Wir wollen kostenlose ÖPNV-Tickets für Freiwilligendienstleistende stellen und mehr Einsatzmöglichkeiten schaffen.

Wir wollen daher die Finanzierung der Freiwilligendienste auf Grundlage einer Bund-Länder-Vereinbarung weiterentwickeln. Die verschiedenen Einsatzbereiche des FSJ halten wir alle für wichtig. Die Attraktivität wird neben den staatlichen Bedingungen auch jeweils ganz erheblich durch die Träger des FSJ bestimmt. Mit den Trägern innerhalb der Kultur arbeiten wir genauso gut zusammen wie mit denen aus den anderen Einsatzbereichen.

23. Mit „Deluxe - Lange Nacht der Jugendkultur Baden-Württemberg“ macht die LKJ BadenWürttemberg Jugendkultur und kulturell engagierte junge Menschen sichtbar. Wie unterstützen Sie Jugendkultur und kulturell engagierte junge Menschen?

Die SPD macht sich dafür stark, dass alle Kinder und Jugendlichen in ganz Baden-Württemberg Zugang zu kultureller Bildung haben. Insbesondere für armutsbetroffene Kinder und Jugendliche werden wir den Zugang zu Kunst- und Kulturangeboten sicherstellen – denn Kunst und Kultur müssen allen offen stehen. Zudem wird die SPD einen landesweiten Kulturpass einführen, mit dem allen jungen Menschen in Baden-Württemberg einmalig ein Guthaben von 100 Euro für Kulturangebote zur Verfügung steht.

Vielfalt und Inklusion sichern wir durch die wichtige Arbeit des Zentrums für kulturelle Teilhabe Baden-Württemberg. Soziokulturelle Zentren spielen als Orte des Ehrenamts und der Nachwuchsförderung eine bedeutende Rolle.

Ehrenamtliches Engagement auch in der kulturellen Bildung, wird die SPD weiter fördern. Viele Maßnahmen dazu werden aus dem Masterplan Jugend oder aus anderen Mitteln aus dem Landeshaushalt, die im Landesjugendplan aufgeführt sind, gefördert. Es ist aber auch wichtig, die kommunalen Förderungen zu erhalten. Denn viele Teile der Jugendkultur geschehen in kommunalen Jugendhäusern oder Vereinen. Dafür setzen wir uns in der SPD ein.

Verbandliche Arbeit

24. Welche Bedeutung haben Verbände der kulturellen Jugendbildung für Sie? Wie wollen Sie die Arbeit dieser Verbände in Zukunft unterstützen?

Verbände der kulturellen Jugendbildung sind essenziell und leisten wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft – daher werden wir sie selbstverständlich weiter unterstützen.

25. Welche Rolle spielen diese Verbände für eine demokratische Gesellschaft? Wie sollen die Verbände dieser Rolle in Zukunft gerecht werden? Wie wollen Sie Verbände und deren Vertreter*innen, die nach demokratischen Prinzipien und für die demokratischen Rechte arbeiten, vor Anfeindungen und Hetze schützen?

Kultur ist zentraler Bestandteil unserer Gesellschaft und trägt zum Zusammenhalt und zur Demokratieförderung bei. Daher fördern wir Vereine, Initiativen und Ehrenamtliche, die sich für die Demokratie oder für den Zusammenhalt der Gesellschaft einsetzen, strukturell und finanziell.

Mit der Einführung eines Landesprogramms „Wehrhafte Demokratie“ wollen Projekte zivilgesellschaftlicher Akteur:innen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention nachhaltig finanziell absichern. Zudem ist uns bewusst, dass immer mehr kommunal Engagierte sich Bedrohungen ausgesetzt sehen – daher wollen wir zusätzliche Unterstützungsangebote bereitstellen.

Kinder- und Jugendbeteiligung

26. Welchen Stellenwert hat Kinder- und Jugendbeteiligung für Ihre Partei?

Kinder- und Jugendbeteiligung ist für uns zentral, daher werden wir sie weiter stärken.

27. Wie wollen Sie die Strukturen der Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg weiter ausbauen?

Kinder- und Jugendbeteiligung ist für uns als demokratische Partei zentral. Dies gilt insbesondere für die kommunale Ebene, denn Demokratie beginnt vor Ort – in den Städten und Gemeinden. In Kommunen mit mehr als 30.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sollen Jugendgemeinderäte verpflichtend eingerichtet werden und Jugendbeteiligungsgremien sollen in allen Kommunen und bei allen Themen ein verbindliches Antrags- und Rederecht erhalten.

Wir haben diesen Grundsatz auch bei der letzten Änderung des Landtagswahlrechts durch die Absenkung des Wahlganges von 18 Jahren auf 16 Jahren bereits umgesetzt.

Zudem werden wir die Schülermitverantwortung (SMV) aufwerten und Projekte wie Demokratietage und Initiativen gegen Extremismus und Rassismus in enger Zusammenarbeit mit dem Landesschülerbeirat und dem Landeselternbeirat unterstützen.

Prävention und Schutzkonzepte

28. In der Jugendarbeit sind Schutzkonzepte zur Prävention von (sexualisierter) Gewalt inzwischen vorgeschrieben. Welche weiteren Handlungsbedarfe sehen Sie im Bildungsbereich und im Bereich der Kulturellen Bildung, um den Schutz von jungen Menschen vor (sexualisierter) Gewalt zu gewährleisten?

Aus Sicht der SPD müssen wir noch mehr für den Schutz von Kindern und Jugendlichen tun. Daher fordern wir, dass die individuellen Schutzkonzepte an Schulen so schnell wie möglich erstellt werden – und die Schulen dafür noch mehr Unterstützung erhalten.

Gleichzeitig möchten wir die Schulpsychologie und die Schulsozialarbeit ausbauen. Und mit Blick auf den Umstand, dass sich auch Taten innerhalb des Kontexts Schule ereignen, fordern wir die Einrichtung einer externen und unabhängigen Ombudsstelle des Landes für betroffene Kinder und Jugendliche sexualisierter Gewalt an Schulen.

Auch Einrichtungen im Bereich der kulturellen Jugendbildung sollen Schutzkonzepte entwickeln – und dabei die notwendige Unterstützung erhalten. Wir werden prüfen, inwiefern hier eine weitere finanzielle Unterstützung notwendig ist. Denn für uns ist klar: Kindeswohl muss immer oberste Priorität haben.

29. Haben Sie vor Projekte wie "KiSchu BW" fortzuführen? Wie wollen Sie Einrichtungen und Initiativen der kulturellen Bildung bei der Erstellung und Umsetzung von Schutzkonzepten unterstützen?

Wir haben dazu beigetragen, das Projekt Kinderschutz in Baden-Württemberg zu initiieren. Denn wir wissen, dass nahezu allen Trägern, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, zwar der Kinderschutz wichtig ist, aber mitunter doch das nötige Know-how fehlt. Diese Lücke wird ganz erheblich durch das Projekt Kinderschutz in Baden-Württemberg verringert – und zwar nicht nur in der kulturellen Bildung. Das ist gut so und muss auch so bleiben.

Darüber hinaus fördern wir im Bund, im Land und in den Kommunen vielfältige Maßnahmen im Kinderschutz etwa in der Fort- und Weiterbildung oder in der Weitergabe von Informationen. Für die Organisationen, die als Träger der Jugendhilfe anerkannt sind, haben wir von der SPD im Bund die Pflicht zum Kinderschutz gesetzlich verankert. Wir unterstützen auch, dass die allgemeine Förderung von nicht als Träger der Jugendhilfe anerkannten Organisationen in der Kultur, im Sport, in der Kinder- und Jugendarbeit oder in vergleichbaren Tätigkeitsfeldern der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen vom Vorhandensein von Kinderschutzkonzepten abhängig gemacht werden. Für die Erstellung von Kinderschutzkonzepten ist eine Unterstützung wie die aus dem Projekt Kinderschutz in Baden-Württemberg erforderlich.